

# Antrag

**Initiator\*innen:**

**Titel:** **Inklusiver Gewaltschutz jetzt – sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen wirksam bekämpfen**

---

## Antragstext

1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein fordert die  
2 grüne Landtagsfraktion auf, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass  
3 Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein sicher und selbstbestimmt leben  
4 können. Ein wesentlicher Baustein dafür ist die konsequente Stärkung der  
5 Prävention sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

6 Dazu sollen insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

### 7 **1. Inklusive Umsetzung des Gewalthilfegesetzes sicherstellen**

- 8 • Schleswig-Holstein stellt sicher, dass die landesweite Umsetzung des  
9 Gewalthilfegesetzes von Beginn an die spezifischen Bedarfe von Frauen mit  
10 Behinderungen systematisch berücksichtigt. Sie werden partizipativ in die  
11 Weiterentwicklung des landesweiten Netzes von Schutz- und  
12 Beratungsangeboten einbezogen. Bereits bestehende Strukturen werden mit  
13 Blick auf den ab 2032 geltenden Rechtsanspruch konsequent barriereärmer  
14 gestaltet. Dabei sind insbesondere der Zugang zu Schutz- und  
15 Beratungsangeboten, der Einsatz von Dolmetscher\*innen (z. B. für  
16 Gebärdensprache und Leichte Sprache), assistive Kommunikationsformen sowie  
17 die gezielte Qualifizierung des Fachpersonals zu gewährleisten.
- 18 • Das Land stärkt spezialisierte Beratungsstellen und Projekte zur  
19 Prävention sexualisierter Gewalt, die sich gezielt an Frauen mit

20 Behinderungen wenden. Dazu gehören beispielsweise erfolgreiche Modelle wie  
21 das Projekt „**ECHT KRASS!**“ der PETZE-Initiative, „**Selbstbestimmt Leben und**  
22 **Lieben**“ in Nordfriesland oder die Arbeit von **Mixed Pickles e. V.** in Lübeck  
23 oder von „**Pro familia**“ in Schleswig-Holstein.

## 24 **2. Zugang zum Recht sichern und Diskriminierung in Ermittlungsverfahren beenden**

- 25 • Das Land Schleswig-Holstein entwickelt in Kooperation mit Fachstellen ein  
26 Fortbildungs- und Sensibilisierungsprogramm für Polizei,  
27 Staatsanwaltschaft und Gerichtspersonal zum Umgang mit Menschen mit  
28 Lernschwierigkeiten in Fällen sexualisierter Gewalt. Dabei sollen  
29 verbindliche Schulungsangebote eingeführt werden, die bestehende  
30 Handlungsunsicherheiten abbauen und stereotype Annahmen über die  
31 Glaubwürdigkeit von Menschen mit Behinderungen korrigieren. Ziel ist es,  
32 dass die verantwortlichen Personen die Aussagefähigkeit  
33 diskriminierungsfrei bewerten, assistive Kommunikationsformen in der  
34 Beweismittelaufnahme anwenden können und fachlich qualifizierte,  
35 behinderungssensible Gutachten sicherstellen können. Angestrebt wird, dass  
36 das Fortbildungs- und Sensibilisierungsprogramm auch für Mitwirkende im  
37 KIK-Netzwerk geöffnet und zugänglich gemacht wird.
  
- 38 • Das Land Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass in den bestehenden  
39 Ausbildungs- und Schulungsangeboten für die Polizei sowie für Mitwirkende  
40 im KIK-Netzwerk der Umgang mit Menschen mit Lernschwierigkeiten in Fällen  
41 sexualisierter Gewalt stärker berücksichtigt wird. Dabei soll insbesondere  
42 die Anwendung assistiver Kommunikationsformen und -hilfen in der  
43 Beweismittelaufnahme verankert und praxisnah vermittelt werden. Ziel ist  
44 es, eine diskriminierungsfreie Bewertung von Angaben betroffener Personen  
45 sicherzustellen und stereotype Annahmen über deren Aussagefähigkeit  
46 abzubauen. Ergänzend entwickelt das Land in Kooperation mit Fachstellen  
47 Informations- und Schulungsmaterialien, die den beteiligten Institutionen  
48 zur Verfügung gestellt werden, um Handlungssicherheit und Fachwissen im  
49 Umgang mit Menschen mit Behinderungen weiter zu stärken.
  
- 50 • Schleswig-Holstein setzt sich auf der Justizminister\*innenkonferenz dafür  
51 ein, dass bundesweit verbindliche Standards für diskriminierungssensible  
52 Ermittlungsverfahren eingeführt werden, die den spezifischen Bedarfen von  
53 Menschen mit Behinderungen gerecht werden – im Einklang mit der UN-  
54 Behindertenrechtskonvention und der Istanbul-Konvention (etwa durch  
55 Anpassungen der Richtlinien für das Strafverfahren (RiStBV) und der  
56 Strafprozessordnung (StPO))

## 57 **3. Gewaltschutz in Einrichtungen partizipativ und barrierefrei gestalten**

- 58 • Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen der Behindertenhilfe werden unter  
59 Beteiligung der Bewohner\*innen, Klient\*innen, Frauenbeauftragten und  
60 Interessenvertretungen partizipativ entwickelt und verbindlich umgesetzt.  
61 Sie müssen Leitbilder, Verhaltenskodizes, Präventionstrainings für  
62 Bewohner\*innen, regelmäßige Fortbildungen für Fachkräfte sowie klare  
63 Vorgaben zu Ansprechpersonen und Verfahren bei Verdachtsfällen enthalten.
  
- 64 • Zur Umsetzung des § 37a SGB IX entwickelt das Land Schleswig-Holstein  
65 verbindliche Qualitätsstandards für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen.  
66 Diese Standards werden zukünftig im Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX  
67 als Qualitätskriterium und Finanzierungsbestandteil verankert. Sie sollen  
68 alle Formen von Gewalt sowie geschlechtsspezifische Perspektiven  
69 berücksichtigen. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Vermeidung  
70 einrichtungsspezifischer Menschenrechtsverletzungen liegen, etwa im  
71 Zusammenhang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen und der Wahrung sexueller  
72 Selbstbestimmung. Zudem soll angestrebt werden, dass die  
73 Gewaltschutzkonzepte und ihre Umsetzung in den Einrichtungen  
74 stichprobenartig überprüft werden.
  
- 75 • Frauenbeauftragte in Werkstätten und Wohneinrichtungen werden verbindlich  
76 mit erweiterten Mitbestimmungsrechten, ausreichenden Ressourcen und  
77 fachlicher Begleitung ausgestattet. Ihre Arbeit wird durch regelmäßige  
78 regionale und überregionale Austauschformate gestärkt.
  
- 79 • Zur übergreifenden Koordination und Weiterentwicklung wird auf Landesebene  
80 eine Fachstelle „Inklusiver Gewaltschutz“ eingerichtet. Diese Fachstelle  
81 vernetzt bestehende Strukturen, überprüft Fortschritte und entwickelt  
82 Maßnahmen im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention und der  
83 Istanbul-Konvention weiter. Alternativ wird geprüft, ob die Aufgaben in  
84 das Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt integriert werden  
85 können.

#### 86 **4. Sexuelle Bildung von Menschen mit Behinderungen in Schule und Ausbildung** 87 **verankern**

- 88 • Insbesondere Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte als erste  
89 Ansprechpersonen müssen in der Lage dazu sein, Signale und Andeutungen von  
90 Betroffenen von sexualisierter Gewalt zu erkennen und angemessen darauf zu  
91 reagieren. Die Zusatzausbildung zu „Referenzpersonen für schulisches  
92 Handeln im Kontext sexuellen Kindesmissbrauchs“ wird ausgebaut, um an  
93 jedem Förderzentrum mindestens eine qualifizierte Ansprechperson  
94 vorzuhalten.

- 95
- 96
- 97
- 98
- 99
- Sexuelle Bildung wird in der Überarbeitung des Lehrplans  
Sonderpädagogische Förderung als Querschnittsthema verankert. In  
Lehramtsausbildung und Fortbildung sollen Methoden, Materialien und  
Kooperationspartner zur sexuellen Bildung von Menschen mit Behinderungen  
systematisch berücksichtigt werden.
- 100
- Schutzkonzepte an Schulen werden regelmäßig stichprobenartig überprüft, um  
sicherzustellen, dass sie den Bedarfen von Schüler\*innen mit Behinderungen  
entsprechen.
- 102

103 **5. Schutz vor sexualisierter Gewalt im öffentlichen Raum stärken**

- 104
- Das Land entwickelt in Kooperation mit Selbstvertretungsverbänden von  
105 Menschen mit Behinderungen barrierearme Präventions- und  
106 Awarenesskampagnen zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Menschen mit  
107 Behinderungen. Diese sollen über Rechte sowie Schutz- und  
108 Hilfemöglichkeiten informieren und Menschen mit Behinderungen gezielt  
109 erreichen. Informationen sollen dazu beispielsweise in Leichter Sprache,  
110 Gebärdensprache, Brailleschrift und barrierearmen digitalen Formaten  
111 bereitgestellt.
- 112
- Schleswig-Holstein setzt sich zum Ziel, dass Sicherheits- und  
113 Präventionskonzepte im öffentlichen Raum, beispielsweise an Bahnhöfen und  
114 bei Großveranstaltungen, die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen  
115 systematisch berücksichtigen. Dazu gehören barrierearme Notruf- und  
116 Meldesysteme, taktile und akustische Orientierungshilfen sowie geschulte  
117 Sicherheits- und Servicekräfte.